
Die Krise Europas ist eine Herausforderung für die deutsch-französischen Beziehungen

Jérôme Fourquet

*Leiter der Abteilung "Meinungsbildung und Unternehmensstrategie" des Ifop-Instituts

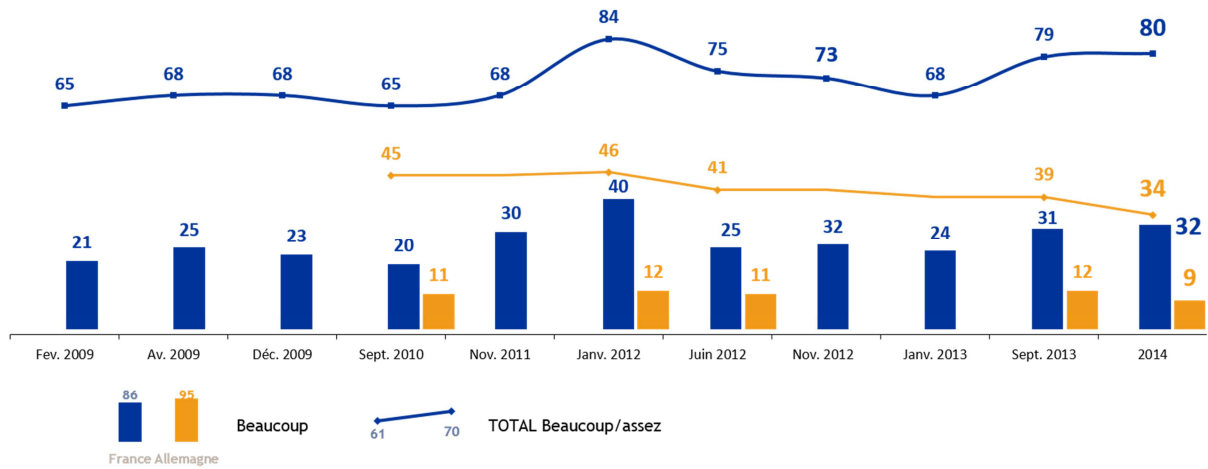
Ein Jahr nach dem 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elyséevertrags und vor dem Hintergrund deutscher und französischer Regierungsinitiativen, die dem deutsch-französischen Tandem neue Anstöße geben sollen, hat das IFOP-Institut im Auftrag der Fondation Jean-Jaurès und der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris eine Umfrage unter zwei Personengruppen in Deutschland und Frankreich durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen eine ganz unterschiedliche Einschätzung der Wirtschaftslage in beiden Ländern und ein wachsendes Ungleichgewicht im deutsch-französischen Tandem. Gleichwohl befürwortet eine breite Mehrheit der Deutschen und Franzosen besonders für die Wirtschaft mögliche gemeinsame Schritte.

**Wirtschaftsdaten beeinflussen die Einschätzung stark:
die Deutschen sind optimistisch und die Moral der Franzosen ist im Keller**

Acht von zehn Franzosen geben an, die Auswirkungen der Krise selbst oder in der Familie zu spüren, 32% sogar stark. Bei den Deutschen ist es nur ein Drittel und lediglich 9% spüren die Krise stark. 1 Dieser Unterschied ist schon für sich genommen enorm, geht aber zudem mit einer völlig gegenläufigen Entwicklung in den beiden Ländern einher. Abgesehen vom Höchststand im Januar 2012 war die Krise in Frankreich seit 2009 nicht mehr derart spürbar gewesen. Es zeichnet sich das Bild einer dauerhaften Krise ab, die sich in der französischen Gesellschaft festsetzt und immer mehr Menschen betrifft. In Deutschland haben noch nie so wenige Menschen angegeben, sich von der Krise betroffen zu fühlen.

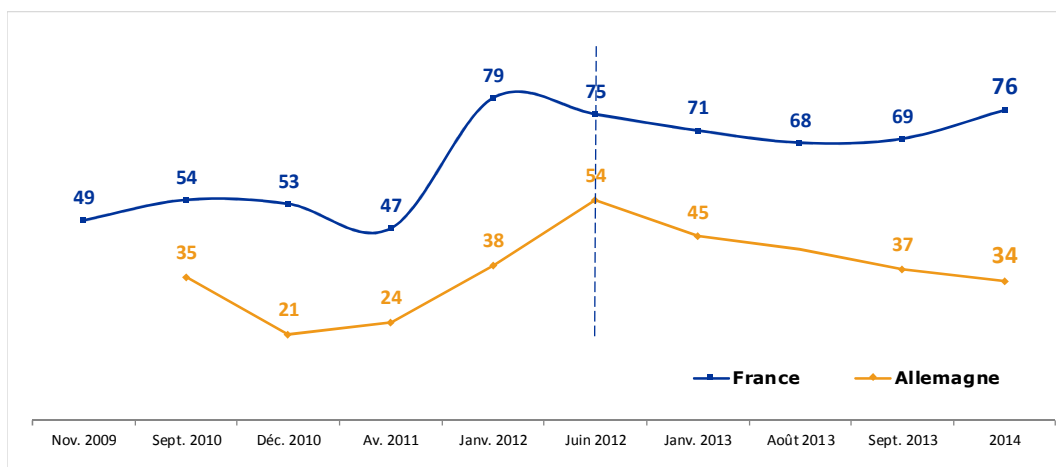
1 Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Jean-Jaurès-Stiftung durchgeführte Befragung nach Methode der Quotenstichprobe mit selbst auszufüllendem online-Fragebogen am 12. und 18. November 2014 mit einer repräsentativen französischen Bevölkerungsgruppe von 901 Personen, 18 Jahre und älter und einer repräsentativen deutschen Bevölkerungsgruppe von 905 Personen, 18 Jahre und älter

Einfluss der Krise auf das persönliche Leben - Rückblick - "stark/relativ stark"



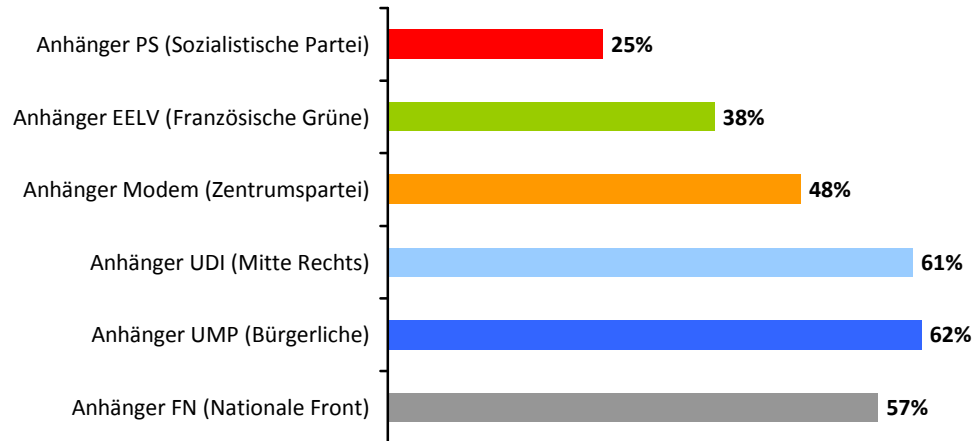
Immer mehr Deutsche erwarten aus der Krise herauszukommen, während sehr viele ihrer Nachbarn (die Zahl erreicht sogar beinahe einen historischen Höchststand in Frankreich) ihr Land noch mitten in der Krise sehen.

Einschätzung der derzeitigen Wirtschaftslage - Rückblick - "Wir sind noch mitten in der Krise"



Die Wirtschaftslage bereitet also Sorgen, aber auch die Schuldenfrage und das Staatsdefizit schüren weiterhin Ängste. Bisher hielt sich die Besorgnis auf beiden Seiten des Rheins etwa die Waage, bei dieser Umfragerunde allerdings wird plötzlich ein klarer Abstand deutlich: 92% der Franzosen sind besorgt, gegenüber „nur“ 72% der Deutschen. Der Abstand ist auch bei der Antwort „sehr besorgt“ sehr deutlich: 47% in Frankreich gaben diese Antwort, gegenüber 22% in Deutschland. In Frankreich war die Sorge seit Beginn der Eurokrise im Februar 2009 nie so groß; allerdings variiert die Intensität der Empfindung, die hier durch die Antwort „sehr besorgt“ wiedergegeben wird, sehr stark nach Sympathien für eine bestimmte Partei. Die rechte Wählerschaft ist sehr viel besorgter als die linke.

Anteil der Befragten die „sehr besorgt“ sind über die Staatsschulden und das Staatsdefizit, aufgeführt nach Parteineigung



Die linke Wählerschaft ist demnach für diese Frage sensibilisiert. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass der Kampf gegen das Haushaltsdefizit - eine erklärte Priorität der Regierung - wohl in den Augen der Anhänger der linken Parteien keinen derart großen Vorrang genießt.

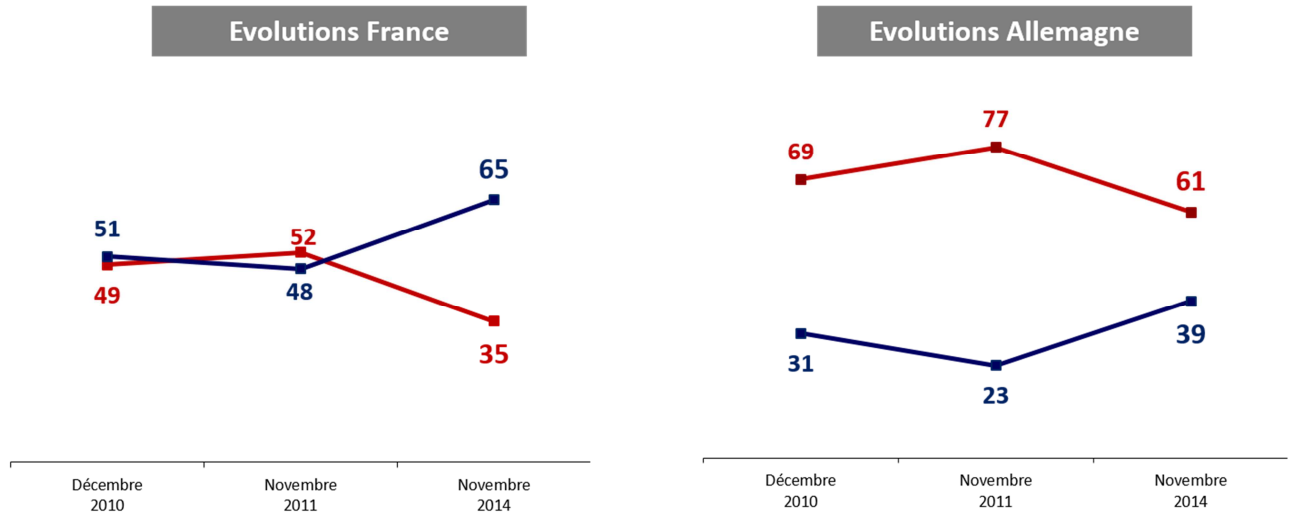
Das Verhältnis zu Europa

Die Rolle, die der Europäischen Zentralbank zugemessen wird hat sich, wahrscheinlich sowohl wegen der derzeit sehr geringen Inflationsrate im Euroraum, als auch wegen der Diskussionen über Investitionsprogramme zur Förderung des Aufschwungs in Europa, auf beiden Seiten des Rheins deutlich verändert. Die Vorstellung, nach der der EZB als Hauptaufgabe die Wachstumsförderung zukommt, gewinnt gegenüber einer vorherigen Umfrage vom November 2011 in beiden Ländern deutlich an Boden (plus 17 Punkte in Frankreich, plus 16 Punkte in Deutschland).

Trotz dieser deutlichen parallelen Aufwärtsbewegung sind allerdings die Mehrheitsmeinungen in den beiden Ländern nach wie vor sehr unterschiedlich. Zwei Drittel der Franzosen (65%) unterstützen demnach die Linie ihrer Regierung zugunsten einer aktiveren Rolle der Europäischen Zentralbank bei der Wachstumsförderung, wohingegen die Deutschen in etwa gleicher Größenordnung (61%) die Vorstellung Angela Merkels teilen, dass die Europäische Zentralbank in erster Linie gegen die Preissteigerung kämpfen sollte.

Was ist die Hauptaufgabe der Europäischen Zentralbank?

- Hat als Hauptaufgabe die Förderung des Wirtschaftswachstums
- Hat weiterhin als Hauptaufgabe den Kampf gegen Inflation und Preissteigerung



Bei diesem Thema ist die jeweilige nationale Denkkultur aufgrund der jedem Land eigenen geschichtlichen Prägung ausschlaggebend. Denn selbst innerhalb derselben politischen Familie sind die Unterschiede in der Einschätzung der Lage zwischen Deutschen und Franzosen sehr groß.

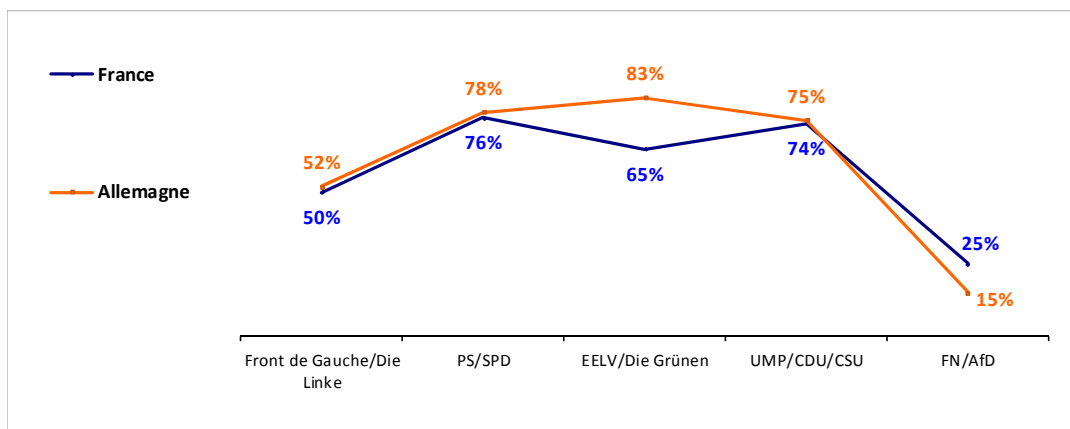
Prozentualer Anteil der Antwort: „Die Europäische Zentralbank hat als Hauptaufgabe die Förderung des Wirtschaftswachstums“

	Deutschland	Frankreich	Abstand
Anhänger der Sozialisten/Sozialdemokraten (SPD-PS)	38%	65%	+20
Anhänger der Bürgerlichen/Rechten (CDU/CSU-UMP)	38%	72%	+34

So ist es verständlich, dass die Hoffnungen, die die Führungskräfte der französischen Sozialisten bei der Bildung der Großen Koalition in ein größeres Gewicht der SPD und eine Entwicklung hin zu den französischen Auffassungen gesetzt hatten, sich bisher nicht wirklich erfüllt haben.

Die Meinungsunterschiede betreffend die Rolle der Europäischen Zentralbank bleiben also sehr deutlich; ein Konsens zeichnet sich aber bei der Frage nach der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab. Etwa sechs Monate nach den Europawahlen, die von einem Erstarren der euroskeptischen Strömungen geprägt waren, sind sechs von zehn (d.h. 57% bzw. 62%) der Ansicht, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für ihr jeweiliges Land eher positive Auswirkungen habe. Interessant ist hierbei, dass das Verhältnis zu Europa in beiden Ländern politisch gesehen die gleiche Struktur aufweist und die Ergebnisse innerhalb der einzelnen politischen Familien sehr nahe beieinander liegen.

**Prozentualer Anteil der Antwort:
„Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist eher gut für unser Land“**



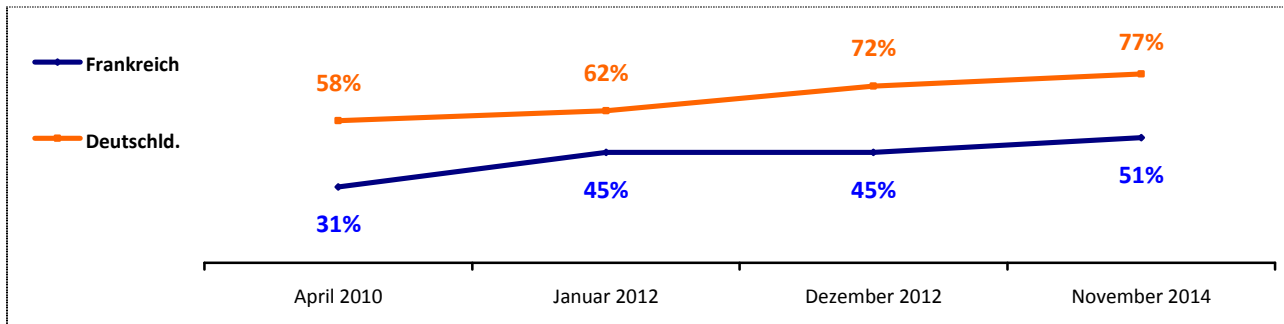
Festzustellen ist allerdings, dass die deutschen Anhänger der Grünen eine europäischere Ader haben als ihr französischer Gegenpart und dass umgekehrt die Sympathisanten der Alternative für Deutschland (AfD), die man allerdings nicht ganz und gar den Anhängern des Front National gleichsetzen kann, noch euroskeptischer sind als letztere.

Das deutsch-französische Tandem wird immer unausgeglichener

In beiden Ländern ist man sich weithin einig - 89% in Frankreich und 84% in Deutschland stimmen zu, dass die deutsch-französischen Beziehungen Voraussetzung für die Zukunft der Europäischen Union und des Euroraums sind. Dieser Wert ist im Vergleich zu vorherigen Umfragen unverändert.

Die Notwendigkeit deutsch-französischer Beziehungen wird also immer noch als gegeben angesehen. Das Besondere dieser Beziehung wird allerdings, auch nach den Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags im Jahre 2013, immer mehr in Frage gestellt. Der Wunsch, Deutschland solle alle seine Partner gleich behandeln (oder aber im Gegenteil Frankreich als seinen privilegierten Partner ansehen) war in Deutschland schon eine klare Mehrheitsmeinung und verstärkt sich in diesem Jahr noch. In Frankreich übersteigt diese Ansicht nun die symbolische 50%-Marke.

Prozentualer Anteil der Antwort: „Unser Land sollte alle seine Partner gleich behandeln“

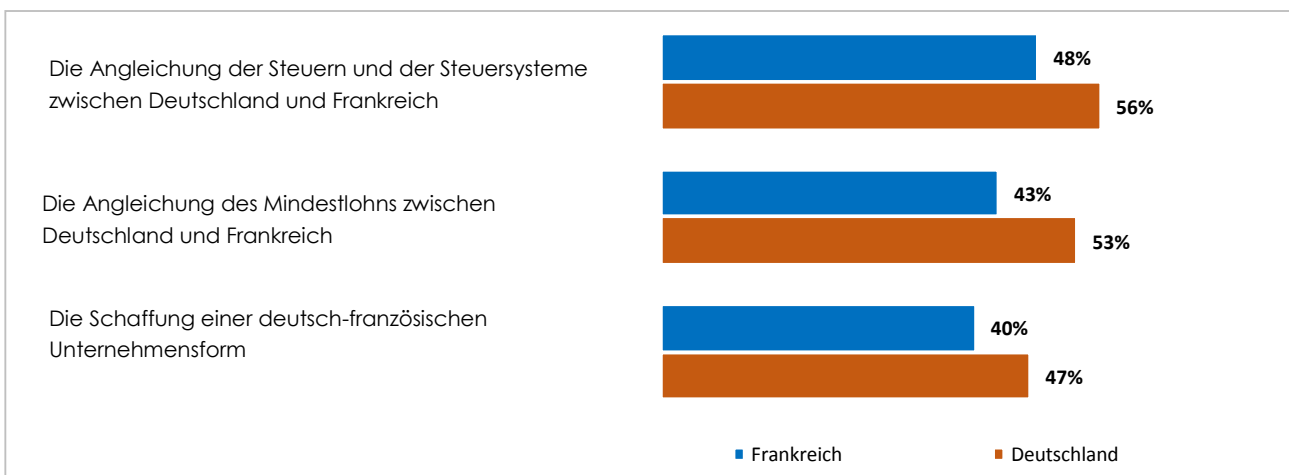


Neben der Parallelentwicklung der öffentlichen Meinung in beiden Ländern hin zu einer Art „Banalisierung“ der deutsch-französischen Beziehungen, lässt der Abstand der Antworten aufmerken. Es sieht alles danach aus, als spiegele sich hier auch die Ungleichheit in der Wirtschaftskraft wieder.

In der deutschen öffentlichen Meinung scheint, im Vertrauen auf die eigene solide Wirtschaft, die Notwendigkeit, eine privilegierte Beziehung zu einem geschwächten Frankreich zu unterhalten weniger selbstverständlich zu sein. Den Franzosen, die ihrerseits den wachsenden Abstand bemerken, scheint dies wichtiger zu sein, aber auch sie akzeptieren mehr und mehr, dass sich dieses ungleiche Gespann auflöst.

Der Umstand, dass das deutsch-französische Tandem nicht oder nicht mehr unbedingt als bevorzugtes Konstrukt angesehen wird, wird auch deutlich, wenn man sich die Antworten der beiden Gruppen von Befragten zum Thema Harmonisierung im Wirtschafts- und Steuerrecht ansieht. Zwischen 40 und 56% der Befragungsteilnehmer antworten nämlich, diese Themen sollten auf europäischer Ebene geregelt werden, obwohl in der Fragestellung Deutschland und Frankreich erwähnt werden.

Prozentualer Anteil der Antwort: "Diese Fragen sollten auf europäischer Ebene behandelt werden"



Sieht man sich weitere Ergebnisse an, so entsteht der Eindruck eines zunehmenden strukturellen Ungleichgewichts zwischen den beiden Ländern. Im Vergleich zu den Ergebnissen vom Dezember 2012 sind in Frankreich 13% und in Deutschland 10% weniger Befragungsteilnehmer von der Vorstellung überzeugt, dass beide Länder auf Augenhöhe miteinander verhandeln. Abgesehen von dieser Entwicklung aber spricht der Unterschied in der Größenordnung Bände: 75% der Deutschen sehen eine ausgewogene Beziehung, aber nur 46% der Franzosen teilen diese Meinung. Ein Abstand von demnach fast 30% - das ist ein deutliches Zeichen für ein Ungleichgewicht.

Die Verwerfungen werden noch deutlicher, wenn man sich die Antworten auf einige Fragen im Vergleich ansieht, die spiegelbildlich in beiden Ländern gestellt wurden.

Zustimmung zu folgenden Fragen betreffend Frankreich bzw. Deutschland

	französische Teilnehmer	deutsche Teilnehmer	Abweichung
In der Eurokrise hat sich (für französische Befragte: Deutschland/für deutsche: Frankreich) als das tonangebende Land in Europa erwiesen	85 %	38 %	+47
(für französische Befragte: Deutschland/für deutsche: Frankreich) hat beste Chancen, als Gewinner der Globalisierung dazustehen	82 %	53 %	+29
(für französische Befragte: Frankreich/für deutsche: Deutschland) sollte sich mehr vom Wirtschafts- und Sozialmodell des jeweils anderen Landes leiten lassen	58 %	21 %	+37

Frapierend ist die Verschlechterung des Frankreichbildes in Deutschland im Vergleich zu einer vorhergehenden Umfrage vom Dezember 2012, die also noch nicht sehr lange zurück liegt. Zu diesem Zeitpunkt meinten 58% der Deutschen, Frankreich habe sich in der Eurokrise als das dominierende Land in Europa erwiesen, also 20 Prozentpunkte mehr als heute. Die damaligen Ergebnisse lagen sicherlich zum Teil in der Erinnerung an die Rolle von Nicolas Sarkozy zu Beginn der Finanzkrise begründet, als Frankreich den Vorsitz in der Europäischen Union innehatte. Diese Erinnerung ist seitdem verblasst und die Deutschen haben nun an allererster Stelle die schlechten Wirtschaftsdaten in Frankreich im Sinn, wenn Sie das Land bewerten sollen.

Das erklärt auch, wieso das Bild Frankreichs in Deutschland gelitten hat und in kaum zwei Jahren der Anteil der Befragten, die ein „gutes Bild“ von Frankreich haben von 87% auf 63% gesunken ist, wohingegen das Deutschlandbild der Franzosen praktisch unverändert bleibt: 81% haben heute ein gutes Bild, gegenüber 85% im Dezember 2012.

Die Beurteilung der Reformen der vergangenen Jahre im Nachbarland fällt ebenfalls sehr deutlich unterschiedlich aus und diese abweichende Diagnose trägt sehr stark zur Vorstellung bei, Frankreich werde abgehängt.

Zustimmung zu folgenden Fragen betreffend Frankreich bzw. Deutschland

	französische Teilnehmer	deutsche Teilnehmer	Abweichung
Seit Beginn der Krise hat (für französische Befragte: Deutschland/für deutsche: Frankreich) das Nötige getan, um sein Haushaltsdefizit zurückzufahren und seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern	85 %	39 %	+46
In den vergangenen Jahren haben (für französische Befragte: die Deutschen/für deutsche: die Franzosen) viele Anstrengungen unternommen, um in der globalisierten Welt wettbewerbsfähig zu bleiben (Begrenzung der Lohnsteigerung, Reduzierung der Sozialleistungen, Lockerung des Arbeitsrechts)	84 %	59 %	+25

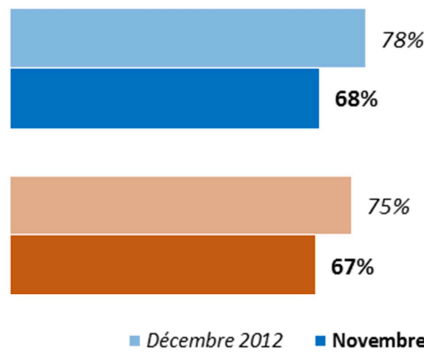
Annäherung oder Zusammenarbeit: Im Bereich Wirtschaft eher zu erreichen als im Bildungswesen oder bei hoheitlichen Fragen

Trotz (oder gar wegen ?) dieser abweichenden Vorstellungen zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Länder, besteht beiderseits des Rheins großes Einvernehmen darüber, die wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken zu wollen. Die Franzosen befürworten zu 81% und die Deutschen zu 75% den „Anstoß zu einem gemeinsamen Forschungsprojekt Frankreichs und Deutschlands im Bereich future economy (z.B. bei vernetzten Produkten oder in der Biotechnologie)“ und zwei Drittel der Einwohner beider Länder sind für eine „Harmonisierung arbeitsrechtlicher Vorschriften zwischen Deutschland und Frankreich“ oder befürworten die „Einrichtung einer staatlichen deutsch-französischen Beschäftigungsagentur“ (die den Franzosen bei der Arbeitssuche in Deutschland helfen soll, und umgekehrt). Nachdem gerade der Bericht der Wirtschaftsfachleute Jean Pisani-Ferry und Henrik Enderlein an Emmanuel Macron und Sigmar Gabriel überreicht wurde, kann also festgehalten werden, dass die öffentliche Meinung in Frankreich und in Deutschland gemeinsamen Initiativen durchaus positiv gegenüber steht. Gleichwohl, das zeigt die nachstehende Graphik, hat die Unterstützung für einige dieser Vorschläge in beiden Ländern seit Dezember 2012 an Boden verloren.

Zustimmung zu folgenden Initiativen

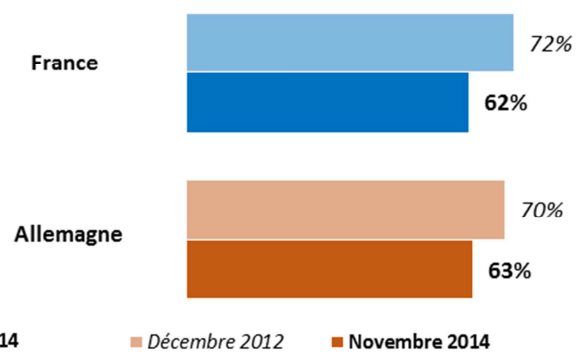
Harmonisierung arbeitsrechtlicher Vorschriften zwischen Deutschland und Frankreich

Une harmonisation de la réglementation du travail entre la France et Allemagne



Einrichtung einer staatlichen deutsch-französischen Beschäftigungsagentur

La création d'une agence publique de l'emploi franco-allemande



Die Zustimmung ist allerdings bei einigen anderen deutsch-französischen Fortschrittsideen weniger deutlich und auch weniger homogen. So etwa beim Thema Bildungswesen: Von den Deutschen, denen aus kulturellen Gründen das Erlernen von Fremdsprachen leichter fällt, befürworten sechs von zehn Befragten das Absolvieren eines Schuljahres im Nachbarland für Gymnasiasten in der Oberstufe, genauso wie die flächendeckende Einführung von Französischunterricht an deutschen Schulen. Die Franzosen stimmen umgekehrt diesen Fragen nur zu 49% bzw. 44% zu.

Zustimmung zu folgenden Vorschlägen im Bildungswesen und in der Verteidigungs- und Außenpolitik

	französische Teilnehmer	deutsche Teilnehmer	Abweichung
Absolvieren eines Schuljahres in Deutschland für französische Gymnasiasten bzw. in Frankreich für deutsche Gymnasiasten	49 %	57 %	+8
Aufstellung einer gemeinsamen Armee	48 %	28 %	-20
Flächendeckender Deutschunterricht an allen französischen Schulen und flächendeckender Französischunterricht an allen deutschen Schulen	44 %	58 %	+14
Einrichtung gemeinsamer Botschaften Frankreichs und Deutschlands in Drittländern	42 %	50 %	+8

Für die Aufstellung gemeinsamer Streitkräfte sind die Franzosen leichter zu gewinnen als die Deutschen. Der Umstand, dass Frankreich regelmäßig in Einsatzgebieten im Ausland operiert (Libyen, Mali, Zentralafrikanische Republik, Irak) trägt sicherlich zur Ablehnung dieses Vorschlags in Deutschland bei. Einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland ist das Prinzip der Nicht-Einmischung deutscher Soldaten im Ausland sehr wichtig, und man fürchtet wohl auf diesem Umweg unwillentlich in ferne Einsatzgebiete „mitgerissen“ zu werden. Die Einrichtung gemeinsamer Botschaften ruft sehr unterschiedliche Reaktionen hervor, die Franzosen sind mit 42% Befürwortern zurückhaltender als die Deutschen mit 50%.